

BOAVENTURA DE SOUSA SANTOS

# CHÁVEZ: VERMÄCHTNIS UND HERAUSFORDERUNGEN

Der charismatischste aller demokratisch gewählten politischen Führer der vergangenen Jahrzehnte ist tot. Eine politische Leitfigur mit dem Charisma eines Hugo Chávez vermag – vorausgesetzt, sie steht einer Demokratie und nicht einem autoritären Regime vor – eine besonders mobilisierende Verbindung zwischen Volk und Regierung herzustellen, denn unter solchen Bedingungen vereinigen sich demokratische Legitimität und Zusammengehörigkeitsgefühl mit gemeinsamen Zielen, die weit über die politische Repräsentation hinausgehen. Die armen Bevölkerungsschichten, daran gewöhnt, einer fernen und repressiven Macht ausgesetzt zu sein (ein typisches Merkmal schwacher Demokratien), spüren, dass die Kluft zwischen dem Volk und den Volksvertretern verschwindet. «Populismus und Autoritarismus!», wettet die Opposition, doch nur selten vermag sie die Wahlbevölkerung zu überzeugen. Es ist nun einmal so, dass Charisma und Ausstrahlungskraft eines politischen Führers in einer Demokratie ein Niveau staatsbürgerlicher Bildung ermöglichen, wie es unter anderen Regierungsformen nur sehr schwer zu erreichen ist.

Die komplexe Chemie zwischen Charisma und Demokratie verstärkt beide Phänomene gegenseitig, vor allem wenn sie sich in Maßnahmen zur Umverteilung des Reichtums niederschlägt. Das Problem dabei ist, dass das Charisma untrennbar mit der Führungspersönlichkeit verbunden ist: Stirbt diese, ist auch das Charisma weg. Und dann braucht es zur weiteren Stärkung einer Demokratie, wie jetzt in Venezuela, vor allem zweierlei: leistungsfähige staatliche Institutionen und eine hohe Partizipation der Bevölkerung, wobei die Chemie zwischen diesen beiden Elementen nicht minder komplex ist, insbesondere unmittelbar nach dem Tod einer charismatischen Führungsgestalt.

Wenn die Einwohnerinnen und Einwohner von Caracas auf den Straßen «Wir alle sind Chávez!» skandieren, dann sind sie sich sehr wohl bewusst, dass dieser einzigartig war und es keinen Zweiten wie ihn geben wird. Die Leute wissen genau, dass die boliviarische Revolution in Venezuela einflussreiche Gegner – innerhalb wie außerhalb des Landes – hat und dass diese mächtig genug sind, um die umfassenden demokratischen Errungenschaften der letzten 14 Jahre infrage zu stellen. Auch Lula in Brasilien war eine charismatische Figur. Seine Nachfolgerin Dilma Rousseff konnte zwar auf inzwischen stabile staatliche Strukturen und Institutionen zurückgreifen, hat aber Schwierigkeiten mit dem zweiten Element, der Bürgerbeteiligung. In Venezuela sind die Institutionen sehr viel labiler, dafür ist der Prozess der Partizipation aber weiter fortgeschritten. Dies ist der Hintergrund, vor dem das Vermächtnis von Chávez und die damit verbundenen Herausforderungen zu betrachten sind.

## DAS VERMÄCHTNIS

**Die Umverteilung des Reichtums.** Wie verschiedene andere lateinamerikanische Präsidenten auch hat Chávez von den hohen Rohstoffpreisen (insbesondere des Erdöls) profitiert und ein beispielloses sozialpolitisches Programm aufgelegt. Vor allem in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Wohnungsverorgung und Infrastruktur hat er so für die Mehrheit der venezolanischen Bevölkerung erhebliche Verbesserungen erzielt. Das «saudiarabische» Venezuela hat dem boliviarischen Venezuela Platz gemacht.

**Regionale Integration.** Chávez war ein unermüdlicher Förderer der lateinamerikanischen Integration. Und dies nicht nur aus reinem Kalkül, etwa um das ökonomische Überleben der Region sicherzustellen oder aufgrund von hegemonialen Bestrebungen. Chávez glaubte wie kaum jemand an die politische Vision Simón Bolívars vom «geeinten Kontinent», der *patria grande*. Substanzuelle politische Differenzen zwischen den Ländern der Region behandelte er als eine Art Familienstreit. Wo immer er eine Möglichkeit sah, bemühte er sich darum, den Kontakt zum abtrünnigen Familienmitglied Kolumbien, das eher pro USA eingestellt ist, wieder aufzunehmen. Er hat stets darauf hingearbeitet, dass die Beziehungen zwischen den lateinamerikanischen Ländern sich nicht nur auf Handel und wirtschaftliche Aspekte beschränken, sondern dass sich diese gegenseitig ergänzen und unterstützen. Chávez' Solidarität mit Kuba ist bekannt, aber auch Argentinien hat er während der Krise 2001/02 den Rücken gestärkt, ebenso einer Reihe von kleineren karibischen Staaten.

Hugo Chávez engagierte sich für alle Formen der regionalen Integration und hat damit erreicht, dass Lateinamerika nicht länger nur als der Hinterhof der mächtigen USA gilt. So hat er bei der Gründung des Staatenbündnisses Bolivarianische Alternative für Amerika (Alternativa Bolivariana para las Américas/ALBA) und später im Bolivarianischen Bündnis für die Völker unseres Amerika – Handelsvertrag der Völker (ALBA-TCP) eine zentrale Rolle gespielt und Venezuela in den Gemeinsamen Markt Südamerikas MERCOSUR geführt. Auch für die Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC) und die Union der Südamerikanischen Staaten (UNASUR) ist er aktiv eingetreten.

**Antiimperialismus.** In den kritischsten Momenten seiner Regierungszeit (wozu der gegen ihn gerichtete Staatsstreich von 2002 zählt) hat Chávez sich den US-amerikanischen Hegemoniebestrebungen (unter der Regierung von George W. Bush) widersetzt, die mit der Invasion des Irak ihren destruktiven Höhepunkt erreichten. Er war überzeugt davon, dass das, was damals im Nahen Osten vor sich ging, eines Tages auch in Lateinamerika geschehen könne, wenn die Region sich nicht entsprechend dagegen wappne. Daher sein Bemühen um die regionale Integration. Er war aber auch der festen Meinung, die einzig erfolgversprechende Möglichkeit, den USA die Stirn zu bieten, sei der Multilateralismus und die Stärkung dessen, was davon nach dem Zweiten Weltkrieg übrig geblieben war. Deshalb die Annäherungsversuche in Richtung Russland, China und Iran. Chávez wusste natürlich, dass die USA mithilfe der Europäischen Union versuchen würden, alle Länder, die Israel entgegentreten oder den Zugang zu den großen Erdölfeldern in der Region gefährden könnten, «zu befreien». So kam es zur «Befreiung» Lybiens, zurzeit steht Syrien auf dem Programm, und in naher Zukunft

wird wohl auch Iran folgen. Dies erklärt auch das auffällige Desinteresse der USA und der EU an einer «Befreiung» des Landes mit der reaktionärsten Diktatur im Nahen Osten – nämlich Saudi-Arabien.

**Sozialismus des 21. Jahrhunderts.** Sein Ziel, einen Sozialismus des 21. Jahrhunderts aufzubauen, den er bolivarianischen Sozialismus nannte, hat Chávez nicht erreicht. Den Sozialismus Fidel Castros in Kuba halten viele für übertrieben, Chávez hingegen hat ihn stets bewundert. Wie sah dann – vor diesem Hintergrund – sein Modell des Sozialismus aus? Ich empfinde es als Trost zu wissen, dass Chávez sich mehrmals zustimmend über meine Definition von Sozialismus geäußert hat: «Sozialismus ist endlose Demokratie.» Natürlich sind das erst einmal nur Worte, während die Umsetzung in der Praxis überaus kompliziert ist. Um zu verhindern, dass ihm dasselbe widerfährt wie Salvador Allende in Chile, entschied Chávez, der «bolivarische Sozialismus» müsse friedlich sein, aber notfalls mit Waffen verteidigt werden. Hugo Chávez hat zahlreiche Firmen verstaatlicht und sich damit den Zorn vieler ausländischer Investoren in Europa (vor allem in Spanien) und in den USA eingehandelt, deren «Dank» darin bestand, ihn mit allen Mitteln zu verteufeln. Er hat den vorherrschenden Kapitalismus zwar abgelehnt und an manchen Stellen seine Logik außer Kraft gesetzt, aber es ist ihm nicht gelungen, eine wirkliche Alternative zu etablieren, was zu Versorgungs- und Investitionsengpässen, zu steigender Inflation und einer stetig wachsenden Abhängigkeit von Einnahmen aus dem Erdölgeschäft geführt hat. Er hat für eine Zuspitzung des Klassenkampfes gesorgt und die Bevölkerung polarisiert. Die alten und neuen Kapitalfraktionen, die lange Zeit eine absolute Kontrolle über die Medien und das Finanzwesen hatten, hat er damit aufgeschreckt. Der Pro-

---

MIRIAM LANG

## VENEZUELA: NACH DEN WAHLEN WIRD ENTSCHIEDEN

Am 14. April wird in Venezuela ein neuer Präsident gewählt, nach nur einem Monat Wahlkampf. Kontrahenten sind der offizielle Nachfolger von Hugo Chávez, Nicolás Maduro, und Henrique Capriles, aktueller Gouverneur des Bundesstaates Miranda, der als Vertreter der Opposition bei der Präsidentschaftswahl im Oktober 2012 Chávez noch unterlegen war. Wie die letzte ist auch diese Wahl eine entscheidende, deren Ergebnis schwerwiegende Auswirkungen auf den Lebensalltag der Bevölkerung haben kann. Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Datanálisis vom 19. März hat Maduro bei der Wählerschaft gegenüber seinem Gegner einen Vorsprung von 14,4 Prozentpunkten. Das Wahlprogramm beider Kandidaten ist identisch mit dem von 2012, wobei Nicolás Maduro versprochen hat, dem in Venezuela besonders akuten Sicherheitsproblem verstärkte Aufmerksamkeit zu widmen.

Seit Chávez' Tod ist ganz Venezuela zutiefst aufgewühlt, es wird vor allem mit Emotionen Politik gemacht. Millionen von Menschen stehen an, um sich persönlich von dem Begründer der bolivarianischen Revolution zu verabschieden. Weitere Zigtausende halten sich nunmehr seit Wochen auf den Straßen auf, bereit, auf jegliche Provokation und jeglichen Destabi-

lisierungsversuch zu reagieren. Die Bevölkerung Venezuelas war schon immer entschlossen, das chávistische Projekt, das sie als ihr eigenes erlebt, durch Massenmobilisierungen zu verteidigen, und im selben Geist verteidigt sie es auch jetzt, nach Chávez' Tod. Derzeit konzentrieren sich alle im chávistischen Lager auf den Wahlkampf, mit ihren jeweils eigenen institutionellen und ideologischen Ressourcen, das heißt, alle stehen geschlossen hinter Maduro. Obwohl selbst die kritischen Stimmen auf ihn setzen, ist absehbar, dass nach der Wahl die schon lange latent vorhandenen Widersprüche in Partei und Bewegung offen zutage treten werden, unter anderem, weil Nicolás Maduro sich bisher vor allem durch seine Loyalität zu Chávez ausgezeichnet hat und nicht durch ein starkes eigenes politisches Profil. Eine wichtige Frage ist beispielsweise, ob er die Chance ergreifen wird, mit personalistischen Führungsstil von Chávez zugunsten eines kollektiveren Ansatzes zu brechen – was seit Langem eine Forderung der sozialen Bewegungen ist.

Umkämpft wird nicht nur die politisch-spirituelle (Re-)Konstruktion der Person Hugo Chávez nach seinem Tod sein. Hier besteht die Gefahr, dass ähnlich wie bei Juan Domin-

zess der Polarisierung machte auch vor der Straße nicht Halt, und für viele ist er hauptverantwortlich für den massiven Anstieg der Kriminalität in Venezuela. Es fragt sich jedoch, ob sie mit dieser These auch die steigende Kriminalität in Städten wie São Paulo oder Johannesburg erklären würden.

**Der kommunale Staat.** Die Oligarchien, die das Land bis vor Kurzem beherrschten, setzten alles daran, mit der von ihnen geschaffenen Staatsmaschinerie den revolutionären Prozess aufzuhalten, obwohl dieser, anders als zuvor, aus einer demokratischen Bewegung hervorgegangen war und aus dieser seine Kraft schöpfte. Chávez, der sich dieser Gefahr bewusst war, hat deshalb versucht, Parallelstrukturen zu den alten staatlichen Institutionen aufzubauen. Im Zentrum standen umfangreiche öffentliche Sozialprogramme, auch «Missionen» oder «große Missionen» genannt, die alle mit sehr eingängigen Namen versehen wurden. Ein Beispiel ist die «Misión Barrio Adentro» («Hinein ins Viertel»), die mit kubanischer Hilfe und unter aktiver Einbeziehung der Bevölkerung für eine medizinische Grundversorgung der Armen sorgt. Danach kam es zur «Institutionalisierung der Volksmacht». Chávez schuf parallel zu existierenden Regierungseinheiten (auf der Ebene der Bundesstaaten und Kommunen) neue Rätestrukturen, mit den kommunalen Räten als Basiszellen, dessen Ziel es ist, Prinzipien des öffentlichen Eigentums und als Endziel den Sozialismus in einer Art Basisbewegung von unten durchzusetzen. Im Unterschied zu anderen lateinamerikanischen Ländern, die versucht haben, Elemente repräsentativer und direkter Demokratie zusammenzubringen (Bürgerhaushalte und «Volksräte» in bestimmten gesellschaftlichen Bereichen), basierte Chávez' Staatsmodell auf der Vorstellung, dass beide Formen der Demokratie miteinander unvereinbar sind. Vielleicht war das seine größte Schwäche.

## DIE HERAUSFORDERUNGEN

**Verbindung zwischen bürgerlicher und militärischer Macht.** Die Macht von Chávez stützte sich auf zwei Grundpfeiler: den demokratischen Zusammenschluss der armen Bevölkerungsschichten und das politische Bündnis zwischen ziviler und militärischer Macht. Die lateinamerikanische Geschichte zeigt, dass diese Allianz schon immer problematisch war. Sie hatte, wenn sie sich durchsetzen konnte, stets konservative, manchmal sogar diktatorische Züge. Chávez, der selbst ein Mann des Militärs war, ist es erstmals gelungen, dieser Verbindung eine progressive Ausrichtung zu geben, was seinem Regime Stabilität verliehen hat. Allerdings war der Preis hierfür, die Militärs mit mehr wirtschaftlicher Macht auszustatten. Dies erwies sich nicht nur als Nährboden für Korruption, sondern könnte sich in Zukunft auch gegen die boliviarische Revolution richten oder – was auf dasselbe hinausliefere – deren transformatorischen und demokratischen Geist ersticken.

**Extraktivismus.** Die boliviarische Revolution hat die Abhängigkeit des Landes von Erdöl und anderen Rohstoffen noch verstärkt – ein Phänomen, das längst nicht nur Venezuela betrifft, sondern auch in anderen Staaten mit progressiv geltenden Regierungen wie zum Beispiel Brasilien, Argentinien, Ecuador oder Bolivien ein Problem darstellt. Die übertriebene Abhängigkeit von Rohstoffen verhindert nicht nur die Diversifizierung der Wirtschaft, sondern stellt auch eine große Gefahr für die Umwelt und vor allem für die vielen indigenen und kleinbäuerlichen Dorfgemeinschaften dar, auf deren Territorien die Rohstoffvorkommen häufig entdeckt werden. Oftmals werden durch den Abbau ihre Gewässer und Trinkwasserquellen verschmutzt und ihre traditionellen Rechte verletzt. Häufig kommt es zu Vertreibungen aus

---

go Perón in Argentinien (Präsident zwischen 1946 und 1955) am Ende jede politische Strömung versucht, sein Erbe für sich zu beanspruchen – was die argentinische Linke für Jahrzehnte außer Gefecht gesetzt hat. Darüber hinaus geht es auch um schwierige, aber richtungweisende Entscheidungen hinsichtlich der Rolle des Staates, des bürokratischen Apparats und des Militärs sowie des zukünftigen Managements des Erdölgiganten Petróleos de Venezuela S.A. und um grundsätzliche Fragen von Demokratie und Partizipation. Es ist wichtig anzumerken, dass all diese Themen nicht nur in einem Insiderzirkel erörtert werden. Ein Ergebnis von 14 Jahren Chávismus ist es gerade, dass die Bevölkerung zu einem Großteil politisiert ist und Mitbestimmung verlangt. Hinzu kommt das Problem der Inflation. Auch nach der Abwertung des Bolívar Fuerte Mitte Februar klettern die Preise weiter und es kommt immer wieder zu Versorgungsengpässen, was zu Spannungen zwischen der künftigen Regierung und der Bevölkerung führen kann. Einer seit Jahrzehnten auf der Verteilung der Ölrente aufbauenden Ökonomie, mit allen Nebenwirkungen, die das impliziert, ein anderes Produktionsmodell entgegenzusetzen, bleibt eine der größten Herausforderungen der nächsten Regierung.

Doch genauso, wie Chávez sein eigenes Lager zusammenhielt, diente er auch der Opposition als einigendes Feindbild.

Bei der Vereidigung von Nicolás Maduro als Interimspräsident kurz nach dem Tod von Chávez waren beispielsweise als einzige Partei des Oppositionsbündnisses «Tisch der Demokratischen Einheit» (La Mesa de Unidad Democrática/MUD) die Christdemokraten (Comité de Organización Política Electoral Independiente/COPEI) präsent. Andere Strömungen verfolgten eine Politik des Boykotts. Ein Anzeichen dafür, dass es auch bei der politischen Rechten trotz des gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten Henrique Capriles hinter den Kulissen Kontroversen gibt, die mit dem Wegfall der einigenden Hassfigur mehr Gewicht bekommen könnten.

Die politische Unsicherheit wird in Venezuela also aller Wahrscheinlichkeit nach noch einige Monate andauern. Inzwischen ist es Aufgabe einer internationalistischen Linken, sich ein differenziertes Bild des Erreichten und der anstehenden Herausforderungen nicht nur für Venezuela, sondern für die gesamte Region zu machen, um auch künftig eine intelligente und fundierte Unterstützung des boliviarischen Transformationsprozesses leisten zu können. Der hier abgedruckte Beitrag von Boaventura de Sousa Santos, einem linken portugiesischen Rechtssoziologen, dessen Publikationen in Lateinamerika sehr breit rezipiert werden und in vielen Fällen auch progressive Regierungspolitik inspirieren, ist nach Auffassung der Rosa-Luxemburg-Stiftung hierbei von großem Nutzen.

den Dörfern, manchmal sogar zur Ermordung ihrer Sprecher. Kürzlich erst wurde Sabino Romero, Anführer der indigenen Gemeinschaft in der Sierra de Perijá, mit deren Kampf ich mich seit Jahren solidarisiere, getötet.<sup>1</sup> Werden Chávez' Nachfolger mit dieser Herausforderung fertig werden?

**Das politische Regime.** Auch wenn sie über demokratische Wege an die Macht gekommen sind, stellen vornehmlich auf eine charismatische Führungsfigur zugeschnittene politische Regime für die Nachfolger meist ein Problem dar. Im Fall von Venezuela sind die Herausforderungen in dieser Hinsicht enorm. Zum einen leidet das System unter einer allgemeinen institutionellen Schwäche, zum anderen hat die Chávez-Partei, die Vereinigte Sozialistische Partei Venezuelas (Partido Socialista Unido de Venezuela/PSUV) Parallelstrukturen auf der Gemeindeebene geschaffen, die von ihr dominiert werden. Brüche die Partei zusammen, wäre dies das Ende der bolivariischen Revolution. In der PSUV haben sich Vertreter unterschiedlichster politischer Strömungen und Ausrichtung zusammengefunden, was die Zusammenarbeit schon immer kompliziert machte. Nach dem Tod von Chávez steht die PSUV nun ohne eine einende Leitfigur da und muss nun Mittel und Wege für den Umgang mit der internen Vielfalt finden. Nur wenn sie es schafft, im Innern die bislang vorherrschende demokratischen Kultur aufrechtzuerhalten, kann die PSUV zu einer weiteren Demokratisierung des Landes beitragen und den Vormarsch jener politischen Kräfte bremsen, deren Ziel die schrittweise Zerstörung aller in den vergangenen Jahren schwer erkämpften Errungenschaften der armen Bevölkerungsschichten ist. Bekommen die neuen Machthaber die Korruption nicht in den Griff und werden interne Differenzen unterdrückt nach dem Motto «Wir sind die wahren Chávezisten», wird dies den Gegnern der Revolution die Sache sehr erleichtern. Sicher ist: Soll das Vermächtnis von Hugo Chávez hochgehalten und weiterentwickelt werden, dürfen kritische Stimmen nicht zum Schweigen gebracht werden und muss eine Abkehr vom Autoritarismus –

der in weiten Kreisen der lateinamerikanischen Linken weiterhin recht beliebt ist – erfolgen.

Die große Herausforderung für die progressiven Kräfte auf dem Kontinent besteht darin, zwischen dem sicherlich umstrittenen Führungsstil von Chávez und den grundlegenden politischen Zielen und Errungenschaften seiner Regierung zu unterscheiden. Denn diese stand unverkennbar und immer eindeutig im Dienst der Armen und setzte sich unermüdlich für eine auf Solidarität basierende Integration Lateinamerikas ein. Die konservativen Kräfte werden alles tun, um Verwirrung in den progressiven Kreisen zu stiften. Hugo Chávez jedoch hat entscheidend zur Konsolidierung der Demokratie im gesellschaftlichen Bewusstsein beigetragen. Er hat die Demokratie dort gestärkt und verankert, wo sie am schwersten zu verraten ist und wo ein Verrat an ihr am gefährlichsten wäre: in den Herzen der Armen. Wer hätte sich vorstellen können, dass in vielen Ländern der Welt die Armen angesichts des Todes von Hugo Chávez ähnlich bittere Tränen weinen würden wie die Venezolanerinnen und Venezolaner in diesen Tagen? Dies ist ein eindeutiges Vermächtnis. Es leichtfertig aufs Spiel zu setzen wäre ein Verbrechen.

Der Autor ist Professor für Soziologie an den Universitäten von Coimbra (Portugal), Wisconsin-Madison (USA) und Warwick (Großbritannien). Der Text erschien zuerst am 8. März 2013 in der spanischen Tageszeitung *El Mundo* und danach auf dem Nachrichtenportal Aporrea (<http://www.aporrea.org>). Miriam Lang ist Leiterin des Regionalbüros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Quito, Ecuador. Übersetzung aus dem Spanischen von Cordi Thöny.

<sup>1</sup> Hierbei handelt es sich auch um Verstöße gegen das Völkerrecht, das vorsieht, dass vor dem Abbau von Rohstoffen in einem bestimmten indigenen Gebiet eine Befragung der dort lebenden Bevölkerungsgruppen stattfinden muss.

---

## IMPRESSUM

STANDPUNKTE international wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig  
V. i. S. d. P.: Henning Heine  
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)  
ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)  
Redaktionsschluss: April 2013  
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin  
Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation  
Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling